

Christoph Kleßmann

Das ZZF in Potsdam - ein kleines Laboratorium der Einheit

Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe „HIS-WIS! – Historische Seiten der Wissenschaft“ in der Wissenschaftsetage (WIS) im Bildungsforum Potsdam, 23. Februar 2017

Mit 25 Jahren hat das ZZF schon eine relativ lange Geschichte. Im Folgenden wird es vor allem um seine Anfänge gehen, weil die Gründungsjahre des Instituts ein besonders interessanter Teil nicht nur der Wissenschaftsgeschichte in Potsdam, sondern auch der deutsch-deutschen Geschichte nach dem Ende der DDR sind.

Die Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte nach 1990 ist immer noch ein Streitthema, wie sich vor allem im vergangenen Jahr gezeigt hat, als die Universität ihr 25-jähriges Jubiläum feierte und es zum Teil scharfe Auseinandersetzungen darüber gab, ob die politisch belastete Vergangenheit hinreichend aufgearbeitet sei oder aber ob die Lebensleistungen der übernommenen Mitarbeiter der früheren Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ missachtet worden seien. Ich gehe darauf jetzt nicht näher ein, erwähne es nur, weil es klimatisch zum Umfeld gehört. Es gibt hier widersprüchliche Befunde, die sich nicht ohne weiteres auflösen lassen und die man aushalten muss. Mir ist aber wichtig, die frühen 1990er Jahre in Erinnerung zu rufen. Das waren Jahre mit einem rasanten Tempo der Veränderung nach der unerwarteten und plötzlichen Vereinigung, mit enormen gesamtnationalen Problemen dieser „Wiedervereinigung“, die ja eigentlich eine Neuvereinigung war, und es waren Jahre mit besonderen Herausforderungen auch in der Wissenschaftslandschaft. Ich selber habe die ersten Anfänge dieser Phase 1990 als Gastprofessor an der Universität Leipzig in der Noch-DDR miterlebt, ohne mir zu diesem Zeitpunkt schon vorstellen zu können, wohin und wie schnell die Reise gehen würde.

Ich möchte mich hier auf die Geschichte des Potsdamer Instituts konzentrieren, sie aber auch in einen erweiterten Rahmen stellen, der die Probleme und Chancen der Teildisziplin Zeitgeschichte zumindest andeutet.

Beginnen möchte ich mit einer persönlichen Impression aus dieser Zeit, dann etwas genauer die schwierigen Anfänge im Haus „Am Kanal“ und die mühsame, aber erfolgreiche Integration eines Neulings in die Wissenschaftslandschaft darstellen. Die inhaltlichen und organisatorischen Erweiterungen nach dem Umzug an den Neuen Markt im Jahr 2001 werden dann nur noch knapp auftauchen.

Als sehr persönlicher Einstieg in dieses spannende, komplizierte, in der Summe aber höchst erfreuliche Thema zur Potsdamer Wissenschaftslandschaft sei ein privates Zitat erlaubt: Ich bin im Wintersemester 1992/93 an die Universität Potsdam gekommen und habe Ende 1994, nach meinem Umzug von Bielefeld nach Groß Glienicke, einen persönlichen Rundbrief an Freunde und Verwandte geschickt und darin u.a. meine

neuesten Potsdamer Eindrücke formuliert. Nach über zwei Jahrzehnten scheint mir das jetzt als Erinnerungsstütze und Quelle interessant. Eine Passage daraus zur Universität möchte ich zitieren, weil sie unmittelbar ins Thema führt:

„Vieles ist im Übrigen noch nicht eingefahren (an der Uni) und man kann hier und da einiges bewegen. Viele Probleme in der Umstellung auf die "neue Zeit" bei Kollegen und Mittelbau, in der Lehrerfortbildung, die in Brandenburg besonders wichtig ist, sind in ähnlicher Form in nahezu allen ostdeutschen Unis zu finden. Im menschlichen Umgang macht der Ton oft die Musik, und die mich bisweilen leicht hysterisch anmutenden Attacken auf die PDS in der politischen Öffentlichkeit und auch die Rigidität mancher ehemaliger Bürgerrechtler der DDR erscheinen in einem etwas anderen Licht, wenn man ‚mittendrin‘ mit den Problemen von Entlassungen, kurzen Zeitverträgen, politischen Belastungen, sozialen Notlagen, Erbitterung über Rückerstattungsansprüche usf. konfrontiert wird.)

Zu den für mich besonders interessanten Seiten gehört auch ein zeitgeschichtliches Institut in Potsdam, das sich vor allem mit DDR-Geschichte befasst, der Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien, in dessen kommissarischer Leitung ich (zusammen mit Jürgen Kocka) mitarbeite. Dazu wäre viel zu sagen. Ich finde besonders bemerkenswert, dass hier sehr intensiv das stattfindet, wovon sonst eher in Sonntagsreden gesprochen wird: der ost-westdeutsche Dialog, mit wechselseitigen Lernprozessen und unspektakulären Formen der Auseinandersetzung mit einer schwierigen Vergangenheit, die nicht einfach in der Schablone "totalitäre SED-Diktatur" aufgeht. Mir macht dieser Nebenjob viel Arbeit und ebenso viel Spaß. Im nächsten Jahr wird es darum gehen, in welcher Form und mit welchem Personal und welchen Projekten es an diesem Forschungsschwerpunkt weitergehen kann.“

Soweit mein Selbstzitat. Es verweist auf die schwierige und spannende Gesamtkonstellation damals und auf die noch völlig offene Situation des in Planung und Entstehung begriffenen Instituts. Auch meine eigene Position wird andeutungsweise erkennbar. Nachträglich könnte ich angesichts der noch nicht absehbaren Schwierigkeiten eine für diese Gründungskonstellation treffliche Maxime eines Soziologen zitieren: Man löst Probleme nur, indem man sie unterschätzt! Hätte ich die Schwierigkeiten vorausgesehen, hätte ich den Job möglicherweise nicht gemacht. Jürgen Kocka als Gründer des Instituts könnte es durchaus ähnlich gegangen sein – aber das ist eine nicht-autorisierte Vermutung.

Die Gründung des heutigen ZZF in Potsdam geht zurück auf eine Empfehlung des Wissenschaftsrats, des wichtigsten Beratungsgremiums der Bundesregierung und der Regierungen der Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung, aus dem Jahr 1991. Hintergrund war die Auflösung der Akademie der Wissenschaften der DDR und ihrer außeruniversitären Forschungsinstitute durch § 38 des Einigungsvertrages (31. August 1990). Eine

Begutachtung durch den Wissenschaftsrat sowie „die Einpassung von Wissenschaft und Forschung... in die gemeinsame Forschungsstruktur der Bundesrepublik“ legte der Paragraf ebenfalls fest. Interessant ist es, in diesem Zusammenhang einen Passus aus dem Empfehlungen des Wissenschaftsrats vom 6. Juli 1990, also wenige Monate vor der staatlichen Vereinigung, zu zitieren: „Insgesamt gesehen kann es nicht einfach darum gehen, das bundesdeutsche Wissenschaftssystem auf die DDR zu übertragen. Vielmehr bietet der Prozess der Vereinigung auch der BRD die Chance, selbstkritisch zu prüfen, inwieweit Teile ihres Bildungs- und Forschungssystems der Neuordnung bedürfen.“ Das zu diskutieren wäre, um mit Fontane zu sprechen, ein zu weites Feld, denn ohne Zweifel wäre selbstkritische Prüfung nötig gewesen, aber es blieb ein frommer Wunsch, passiert ist jedoch wenig, und das wurde auch durchaus als verpasste Chance bedauert, z.B. vom damaligen Vorsitzenden des Wissenschaftsrats Dieter Simon.

Wie auch immer: die Auflösung der Akademie sollte verbunden werden mit der Schaffung neuer Geisteswissenschaftlicher Zentren (GWZ), um positiv evaluierte Forschungsprojekte ostdeutscher Fachkollegen aufzufangen und mit bundesdeutschen und internationalen Arbeitsvorhaben zusammenzuführen. Auflösung und Neugründung gehörten somit zum Kern der Empfehlungen des Wissenschaftsrats. Die organisatorischen Details müssen hier nicht genauer vorgestellt werden. Aber um die Dimensionen des Vorgangs zu verdeutlichen, muss man sich einige Zahlen in Erinnerung rufen.

Der Auflösung der 140 bis 150 DDR-Akademie-Institute mit 26.000 bis 27.000 Mitarbeitern (Ende 1991) folgte im Jahre 1992 die Neugründung von rund 80 Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern. Im Herbst 1992 waren in diesen Einrichtungen aller Disziplinen etwa 10.000 bis 11.000 Personen beschäftigt. Dazu kamen – und hier wird es dann doch ziemlich dramatisch – 1.900 ehemalige Akademiemitarbeiter im WIP (zu deutsch: Wissenschaftler-Integrationsprogramm). Sie sollten in den folgenden Jahren in die Hochschulen integriert werden, nota bene aber in die ostdeutschen, die ja schon völlig umstrukturiert wurden und überlastet waren. Westdeutsche Hochschulen waren damit nicht ausgeschlossen, aber sie wurden auch nicht verpflichtet. 2.700 weitere Wissenschaftler befanden sich zu dieser Zeit auf befristeten ABM-Stellen.

Von den insgesamt über 900 Wissenschaftlern in geisteswissenschaftlichen Akademie-Instituten wurde die Mehrheit vom Wissenschaftsrat positiv begutachtet und zur Weiterarbeit an Hochschulen und/oder Einrichtungen empfohlen. In diesen Zusammenhang gehört nun der Vorschlag zur Schaffung von 7 Geisteswissenschaftlichen Zentren, die Auffangfunktionen haben, aber darüber hinaus auch eine wirkliche Innovation angesichts der damals viel diskutierten Krise der Geisteswissenschaften darstellen sollten. Die Empfehlung des Wissenschaftsrats, metaphorisch gesprochen aus den Ruinen der Akademie etwas Neues für ganz Deutschland aufzubauen, mag aus heutiger Perspektive belanglos oder gar selbstverständlich erscheinen – sie war es keineswegs und

musste daher auch gegen massive Widerstände durchgesetzt werden. Die Universitäten (u.a in der Rektorenkonferenz versammelt) zeigten wenig Sympathie dafür, weil sie fürchteten, noch mehr sparen zu müssen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) hatten aus anderen Gründen ebenfalls kein Interesse an den „sieben Zwergen“. Das musste erst geweckt werden. Die keineswegs marginalen Auseinandersetzungen um die Zentren zeigten, „wie mächtig das westdeutsche Establishment sich gegen Neuerungen sperrt“ – so Mechthild Küppers über die sieben Zwerge in der „Wochenpost“ vom 19. November 1994.

Die Zentren sollten Forschungseinrichtungen neuer Art sein, selbständig, in Kooperation mit den benachbarten Hochschulen, aber keine An-Institute. „Halbdistanz“ zu den Universitäten war eine damals gängige Formel. Sie sollten angesichts der Überlastung der Universitäten interdisziplinäre Forschung organisieren und zur überregionalen und internationalen Vernetzung beitragen. Die brandenburgische Landesregierung entschied sich damals für zwei Zentren in Potsdam, Europäische Aufklärung (naheliegender für den Symbolort Potsdam mit dem Alten Fritz) und eben die Zeitgeschichte mit Schwerpunkt SBZ/DDR-Geschichte. Bis die noch offene Finanzierung (durch Bund und Sitzland) geklärt war, sprang zunächst die Max-Planck-Gesellschaft als eine der großen drei Wissenschaftsorganisationen der alten BRD ein. Unter der Ägide einer Tochtergesellschaft mit dem schönen Namen „Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben“ entstand im Jahre 1992 der „Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien“ (FSP), unter der Leitung seines Gründungsdirektors Jürgen Kocka (FU), der damals auch Mitglied des Wissenschaftsrats war. Im quasi-offiziösen Text auf der Website des ZZF steht heute der zutreffende Satz: „In wenigen Jahren (entwickelte sich der FSP bzw. das ZZF) zu einer international anerkannten Einrichtung auf dem Gebiet der DDR-Forschung, die methodische Innovativität und publizistische Produktivität mit dem dezidierten Anspruch einer fachlichen Ost-West-Integration verband.“



Von 1993-2001: Sitz des ZZF in Potsdam, Am Kanal 4/4a

Anfang 1993 zog der FSP aus den Räumen der aufgelösten Akademie in Berlin nach Potsdam in ein vom Ministerium angemietetes, eigenes Haus - ein schönes, renoviertes altes Bürgerhaus mit kleinen Räumen, aber viel Atmosphäre „Am Kanal 4“.

Aus der Sammlung des Dokumentationszentrums Beeskow „Kunst der DDR“ wurden dem FSP bald nach dem Einzug von Herbert Schirmer, dem letzten Kulturminister der Regierung de Maizière, etliche Bilder als Leihgabe zur Verfügung gestellt. Im Flur hing auch das Gemälde „Der Arbeiter“ (1983) von Walter Womacka, das ich mit seiner aufgeladenen Symbolik besonders anregend fand.



Aus den 84 Bewerbungen von Akademie-Mitarbeitern wurden zunächst 16 für Wissenschaftlerstellen ausgewählt. Anfangs wurden einzelne Forschungsprojekte aus Zeiten der Akademie-Institutionen fortgeführt und in der Folgezeit mehr oder minder abgeschlossen. Längerfristig musste natürlich ein umfassender konzeptioneller Rahmen entwickelt werden. Die beabsichtigte „Durchmischung“ mit westdeutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wurde in den folgenden Jahren zügig, wenn auch nicht im zunächst geplanten Tempo realisiert. Für die Gesamtzahl der am FSP bzw. ZZF Beschäftigten muss das jeweilige Jahr genau betrachtet werden; die Anzahl schwankt zwischen 25 und über 100, je nachdem ob auch Doktoranden und studentische Hilfskräfte mitgezählt werden.

Über die Fortführung seiner Arbeitsvorhaben hinaus nahm das neue Institut in begrenztem Umfang Aufgaben in Lehre und Forschungsförderung für die Universität Potsdam wahr. Das Verhältnis zur Universität gestaltete sich nicht immer reibungslos. Denn manche Vertreter der Universität sahen in den neuen Instituten auch eine Konkurrenz um die knappen Gelder des nicht mit Reichtum gesegneten Landes Brandenburg. Der Rektor hat uns aber ebenso wie der Kanzler, der über die außeruniversitären Institute gern als „außerirdische“ Institute lästerte, durchaus unterstützt.

Aus anderen Gründen war die heute zu konstatierende Erfolgsgeschichte aber zunächst alles andere als ein Selbstläufer. Denn das anfängliche Hauptarbeitsgebiet des neuen Instituts, die DDR-Geschichte, war damals ein brisantes politisches Minenfeld, wie sich schnell zeigen sollte. Zudem müssen sich Neugründungen in der Regel gegen die Platzhirsche durchsetzen, die ungern Platz machen, auch wenn es eigentlich genügend Platz gibt. Sehr schnell kam nämlich die Gründung einer Außenstelle des Münchner Instituts für Zeitgeschichte zustande, zunächst sinnigerweise auch in Potsdam, etwas später in Berlin im Gebäude des Bundesarchivs. Politische Zusammenhänge lassen sich leicht erraten, ich will das hier aber nicht vertiefen. Es ist nun graue Vorgeschichte, mittlerweile funktioniert nach meinem Eindruck die Kooperation zwischen Potsdam und München sehr gut. Ohne das wissenschaftliche Format, die organisatorischen Qualitäten, die wissenschaftspolitischen Verbindungen und das persönliche Stehver-

mögen von Jürgen Kocka wäre damals aber das Experiment FSP (und damit später ZZf) höchst wahrscheinlich gescheitert.

An zwei Themen möchte ich dies verdeutlichen: erstens an den zum Teil extrem polemischen öffentlichen Debatten, und zweitens an den wissenschaftsorganisatorischen Problemen nach Auslaufen der Start-Förderung durch die Max-Planck-Gesellschaft und nach dem Umstieg auf die recht anstrengende Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft.

Zum ersten: Die überregionale Presse berichtete relativ frühzeitig und ausführlich über den Umbau der Wissenschaftslandschaft und die Neugründung in Potsdam, so die FAZ am 22. Dezember 1992 unter dem Titel „Im Transformationslabor“ oder am 6. Januar 1993 mit der Schlagzeile „Drei Riesen, sieben Zwerge“. Mit den bereits zitierten Zwergen waren die geplanten geisteswissenschaftlichen Zentren gemeint (vier in Berlin, zwei in Potsdam, eins in Leipzig; bald waren es nur noch sechs).

Die dauerhafte oder zumindest längerfristige Etablierung stockte aber zunächst zumindest beim Bund. In einem ausführlichen Artikel in der Zeit vom 25.6.1993 („Experten für Diktaturvergleich“) kritisierte Karl Heinz Janßen, dass die große Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik bisher eine dauerhafte Institutionalisierung der Zentren verhindert habe, berichtete wohlwollend über die Premiere der ersten großen öffentlichen Konferenz im August 1993, bei der sich Ministerpräsident Manfred Stolpe ([SPD](#)) und Wissenschaftsminister Hinrich Enderlein (FDP) kräftig für „ihr“ Zentrum ins Zeug legten, rühmte die von Kocka etablierte Diskussionskultur im Institut sowie die Einladung etlicher renommierter amerikanischer Gäste und beschwor zum Schluss einen „neuen Geist von Potsdam“. Für meine Begriffe war das dann doch etwas bombastisch, aber es passte gut zum Thema: „Hier werden Fundamente einer gemeinsamen Nationalgeschichte gelegt. Ein Werk, das alle Deutschen angeht, verdient nicht nur Sympathie, sondern auch Zuwendung.“

Wichtig zu erinnern bleibt hier allerdings, dass die Zentren als Innovation nicht nur als kleiner Ersatz für aufgelöste Akademieinstitute der DDR und beschränkt auf die neuen Bundesländer gedacht waren, sondern auch in Westdeutschland geschaffen werden sollten. Daraus ist, wenn ich das richtig sehe, nichts geworden, auch wenn es in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg Interesse gab.

Zurück nach Potsdam und zum ersten, besonders spektakulären Konflikt.

Am 10. August 1993, als der FSP in Potsdam bereits ansässig war und die erwähnte erste große und von der Zeit hoch gelobte Konferenz bereits stattgefunden hatte, erschien in der FAZ ein ausführlicher Artikel von Armin Mitter und Stefan Wolle, zwei früheren oppositionellen/dissidentischen Mitarbeitern der Akademie, die 1990 den Unabhängigen Historikerverband (UHV) der DDR gegründet hatten, unter dem süffisanten Titel: „Der Bielefelder Weg. Die Vergangenheitsbewältigung der Historiker und die Vereinigung der Funktionäre“. Assoziationen an den „Bitterfelder Weg“ (von 1959) aus

DDR-Zeiten mögen von der Redaktion der FAZ beabsichtigt worden sein oder auch nicht.

Der Artikel war eine extrem polemische Attacke auf das Potsdamer Institut und seinen Leiter Jürgen Kocka, der bis 1987 an der Universität Bielefeld gelehrt hatte. Mit einem weiten Anlauf über „Vergangenheitsbewältigung“ wurde der FSP vor allem für die Personalauswahl harsch kritisiert, ohne allerdings den institutionellen Kontext genauer zu nennen. Neben dem früheren SED-Parteisekretär des Zentralinstituts für Geschichte, Olaf Groehler, nahmen sich die beiden Autoren insbesondere Peter Hübner vor, ebenfalls Mitglied der Parteileitung des DDR-Instituts, der 1988 im „Geschichtskalender“ eine Passage über den Aufstand vom 17. Juni 1953 publiziert hatte, die in der Tat deprimierend war und gänzlich der alten offiziellen Parteischablone entsprach.

Jürgen Kocka antwortete in einem sachlich gehaltenen ausführlichen Artikel (FAZ, 25.8.1993) und machte mit einem Grundoptimismus, ohne den die Aufgabe damals nicht anzugehen war, die Philosophie des neuen Instituts klar: „In Zweifelsfällen wird man auf die Kraft der wissenschaftlichen Diskussion vertrauen, die nicht mehr nach den Regeln des alten Systems, sondern nach denen freier Wissenschaft abläuft, sehr unterschiedliche Positionen einbeziehen muss und langfristig aufklärende Wirkung haben kann. Auch Wissenschaftler können lernen. (*Diesen Satz wählte die FAZ als Überschrift, d. Vf.*). Wenn man will, dass sie ihre Vergangenheit kritisch bearbeiten, muss man ihnen die Möglichkeit dazu geben. Wenn sie den für sie neuen Kontext von radikaler Pluralität und Kritik akzeptieren, können sie in die Forschung Wichtiges einbringen, was der Neankömmling aus dem Westen leicht übersieht oder nur schwer erkennt.“

Am 8. September 1993 nahm Peter Hübner in der FAZ selbst ausführlich Stellung zu dem Angriff unter dem paradox formulierten Titel „Ein Labyrinth, in dem es nur falsche Wege gibt“. Dies war und ist in der Tat, gleichgültig wie man die Position beurteilt, ein informativer Einblick in die heute nur noch schwer vorstellbaren, verworrenen Interna des zeitgeschichtlichen DDR-Wissenschaftsbetriebs in der DDR, und zwar auch noch in der Endphase. In Hübners Artikel wurden sehr grundsätzliche Aspekte des damals tobenden „kleinen Historikerstreits“ sichtbar: Was konnte/durfte man in der DDR sagen/schreiben, welche formalen Kompromisse musste man eingehen oder waren naheliegend, wie positionierte man sich im Konflikt zwischen Wissenschaft, Politik und Moral? Solche und ähnliche Fragen dominierten in dieser Zeit die öffentliche und interne Diskussion. Dieter Simon, der langjährige Vorsitzende des Wissenschaftsrats (zeitweilig auch im Kuratorium des ZZF) schrieb etwas später pointiert und provokant zu diesem viel diskutierten Thema, wem die DDR-Geschichte gehöre: Moral und Wahrheit seien Schwestern im Geiste des Historikers, aber auch „böse Historiker“ könnten gute Geschichte schreiben und ethische Fundierung erhöhe nicht die historiografische Legitimation. (Potsdamer Bulletin Nr. 6/1996) Das war nicht der Freibrief für Beliebigkeit, aber eine Warnung vor einfachen Parolen.

Hier ist keine ausführliche Erörterung des gesamten Streits möglich. Aber die beiden Kritiker vom Unabhängigen Historikerverband setzten in der FAZ einen Tag nach Hüblers selbstkritischem, zugleich auch erhellenden Artikel noch eins drauf: „Inquisitoren auf der Faultierfarm“ lautete der Titel. Scharf kritisiert wurde hier, dass frühere Inquisitoren aus der SED jetzt in Potsdam sozusagen unter Bielefelder Schutz arbeiten dürften, das Ergebnis aber mager sei, wie früher „zu den goldenen Zeiten der realsozialistischen Faultierfarmen.“ (FAZ, 9.9.1993)

Ähnlich heftig ging es in der Debatte im Forschungsschwerpunkt im Dezember 1993 zu, zu der Kocka die beiden Kritiker eingeladen hatte. Ich selber habe diese wilde Diskussion nicht mitbekommen, mein Eindruck aus dem Presseecho ist aber, dass sich damals vor allem Armin Mitter durch arge Polemik um seinen seit dem Bochumer Historikertag von 1990 durchaus noch vorhandenen Kredit brachte. Es war eine undifferenzierte Generalabrechnung aus einer einzigen Perspektive mit wenig weiterführenden Aspekten für die Zukunft, zudem einer in grotesker Zuspitzung behaupteten Koalition der Wessis mit alten Kadern der SED. Ich erwähne diese Debatte hier nur, ein genaueres Eingehen würde mehr Textzitate erfordern.

Ein anderes und gravierendes Problem ergab sich aus eventuellen Stasibelastungen und den begrenzten Möglichkeiten ihrer Überprüfung. Jeder im öffentlichen Wissenschaftsbetrieb Angestellte und neu eingestellte Beamte (ich auch) hatte damals eine Erklärung zu unterschreiben, dass man mit der „Firma“ nichts zu tun gehabt hatte. Jürgen Kocka und ich (seit Sommer 1994 in der kommissarischen Leitung) hätten gern auch im FSP eine reguläre Überprüfung durch die Gauck-Behörde durchgesetzt, die jedoch von der MPG nicht gewollt war – aus welchen Gründen auch immer. Im FSP gab es auf diese Weise 1994 nur einige private Überprüfungsanträge. Aber es gab eben auch den „Fall Groehler“, der neben den bereits genannten Debatten in der Öffentlichkeit zu einer erheblichen Belastung der neuen Gründung führte.

Olaf Groehler hatte wie alle anderen bei der Einstellung auch unterschrieben, nicht mit dem DDR-Staatssicherheitsdienst zusammen gearbeitet zu haben. Durch ein Flugblatt des UHV kam aber heraus, dass er im Zentralinstitut für deutsche Geschichte, in dem er SED-Parteisekretär war, auch als inoffizieller Mitarbeiter (IM) für die Stasi tätig war. Ich erwähne diesen Fall vor allem, weil er die extreme Schwierigkeit einer Lösung damals verdeutlicht: Hätte Groehler bei der Einstellung, an deren fachlicher Berechtigung als Historiker es keinen Zweifel gab, Kontakte zugegeben, wäre er nicht eingestellt worden. Als die Stasi-Tätigkeit offenkundig wurde, musste er jedoch aus formalen Gründen zwingend entlassen werden, weil er falsche Angaben gemacht hatte. Die damals noch voll im Schwange befindliche Stasi-Debatte bekam damit eine weitere und für das neue Institut brisante Note. Dass damit auch die mangelnde politische Unterstützung der Zentren ursächlich verbunden wurde, ist möglich und wahrscheinlich. Die geplante Bund-Land-Finanzierung kam jedenfalls zunächst nicht zustande und die Verträge für die Mitarbeiter liefen aus.

Wo bleibt das Positive, werden Sie fragen? Es kommt.

Dass jedem Anfang ein besonderer Zauber innewohnt, ist eine zu Recht viel bemühte Sentenz von Hermann Hesse, die auch in diesem Falle gilt. Es sind die legendären Anfangsjahre des Forschungsschwerpunkts Zeithistorische Studien bzw. des Zentrums für Zeithistorische Forschung in dem schönen alten Bürgerhaus Am Kanal. Zu wenig Platz und arge Luftnot im einzigen Versammlungsraum gehören auch dazu. Aber eben auch eine Form von corporate identity, die aus dem gemeinsamen Forschungsgegenstand SBZ/DDR-Geschichte, aus der Durchmischung von ost- und westdeutschen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und sicher auch aus einer Art Wagenburgmentalität angesichts der Attacken von außen sowie der ersten Nackenschläge der Gutachter resultierten. Ich möchte hier nichts idyllisieren oder Konflikte leugnen. Es gab für mich persönlich schon Momente, die es nahelegten, „die Brocken hinzuschmeißen“, weil Aufwand und Ertrag nicht recht harmonieren wollten. Aber wichtiger und letztlich ausschlaggebend war die andere Seite: Die aus meiner Sicht produktive Symbiose von ostdeutschen Lebenserfahrungen in der SED-Diktatur und einem westdeutschen, eher distanzierenden, analytischen Blick auf diese Diktatur bildete eine für beide Gruppierungen höchst interessante und auch wissenschaftlich ergiebige Konstellation. Eben deshalb finde ich den gewählten Titel vom kleinen Labor der deutschen Einheit durchaus angemessen.

Damit bin ich beim zweiten Thema, das ich etwas kürzer behandle. Die durchaus problematische, weil schwierige Ersatzlösung für die gescheiterte eigenständige Bundesländer-Finanzierung der Zentren kam zustande, weil die DFG trotz ihrer anfänglichen Vorbehalte einsprang und einen Sondertopf für die Geisteswissenschaftlichen Zentren reservierte, aus dem nun mit hohem Aufwand die Forschungsprojekte der Zentren nach dem Vorbild von universitären Sonderforschungsbereichen finanziert werden sollten. Jeder, der sich damit ein bisschen auskennt, weiß, wie aufwendig und anstrengend ein solches Großunternehmen ist, zumal die ostdeutschen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf diesem Feld keine Erfahrungen hatten und auch nicht haben konnten und alles unter beträchtlichem Zeitdruck stand.

Aus einigen konzeptionellen Überlegungen und endlosen, unvermeidlich auch chaotischen Debatten entstand schließlich wie die schaumgeborene Venus aus dem Meer ein Gebilde, das stabilisiert, verbessert und veredelt wurde und aus dem dann das ZZF in seinen heutigen erheblich erweiterten Umrissen als unstrittig führendes zeithistorisches Institut neben dem Münchner hervorgegangen ist. Da wir in der Kolonne der sieben Zwerge (bald waren es nur noch sechs, weil die Wissenschaftsgeschichte ausfiel) agieren mussten und die anderen z.T. langsamer waren, musste Potsdam zudem mit extrem kurzen Begutachtungsfristen alle zwei Jahre leben. Wir haben später zu Recht sagen können, dass das ZZF in dieser Zeit das meist begutachtete Forschungsinstitut Europas war.

Die damals schwierige Gratwanderung, die für das wissenschaftliche und politische Standing des Neulings ZZf auf der verminten zeithistorischen Bühne wichtig war, musste die konzeptionelle Strukturierung der inneren Vielfalt der DDR-Geschichte unter einem tragfähigen Label sein, einem Label, das innovativ und differenziert neue oder modifizierte Zugänge zur DDR-Geschichte suchte.

Mit der Umgründung des Forschungsschwerpunkts hieß das Institut ab 1.1.1996 Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF). Für eine Laufzeit von zunächst zwölf Jahren wurde es mit zehn Stellen zu einem Drittel vom Sitzland Brandenburg und – auf dem Wege der Projektförderung – zu maximal zwei Dritteln von der DFG finanziert. Bis zur Aufnahme in die Leibniz-Gemeinschaft am 1. Januar 2009 wurden am ZZf jährlich mehr als 20 selbstständige DFG-Forschungsprojekte bearbeitet, die vier thematisch und methodisch unterschiedlich ausgerichteten Projektbereichen zugeordnet waren.

Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der Geschichte der DDR

(1997)

<i>Projektgruppe A:</i>	<i>Projektgruppe B:</i>	<i>Projektgruppe C:</i>	<i>Projektgruppe D:</i>
Die SBZ/DDR zwischen Sowjetisierung und Eigenständigkeit - Handlungsspielräume und Entscheidungsprozesse 1945 bis 1963	Führungsgruppen und 'Apparate' des SED-Regimes. Zur Sozialgeschichte der 'Diktatur des Proletariats' in der SBZ/DDR 1945 bis 1989/90	Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte in Berlin-Brandenburg, 1954 bis 1990	Geschichte als Herrschaftsdiskurs in der DDR. Institutionen, Leitbilder und Praktiken

Im Jahr 1997 formulierte der verbindende Gesamttitel „Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte“ zugleich den methodischen Ansatz: die Analyse eines sozialistischen Diktatorsystems sollte komplementär ergänzt werden durch Erfahrungsgeschichte – auf unterschiedlichen Ebenen und für unterschiedliche soziale Gruppen. Im Jahr 1999 erschien der erste von vier Sammelbänden als Zwischenbilanz der Projekte – wie die blaue Instituts-Reihe, die zunächst im Akademie-, dann im Böhlau-Verlag erschien (als Schriftenreihe „Zeithistorische Studien“) insgesamt sicher nicht bestsellerverdächtig, aber unverzichtbar war als solider Arbeitsnachweis und Legitimationsinstrument gegenüber der Öffentlichkeit und der DFG. Im Vorwort wurde das die vier Projektsäulen tragende Dach knapp vorgestellt. Die allen Einzelstudien zugrundeliegende Frage nach „Herrschaft als sozialer Praxis“ richtete sich „auf den Wandel von Herrschaft im Zuge ihrer Realisierung und dadurch auf die Beteiligung der Beherrschten an ihrer eigenen Unterdrückung. Nicht nur (die) von außen und von innen veranlassten Änderungen der Rahmenbedingungen modifizierten Herrschaftsziele, auch schichten-, gruppen- und generationspezifische Gegebenheiten förderten oder behinderten die Durchsetzbarkeit politisch-ideologischer Zielvorstellungen.“

Die Beiträge dieser Sammelbände, so das Vorwort, berücksichtigten die „Erfahrungen der in der DDR lebenden Menschen, um die kulturelle Verarbeitung der durch die Dik-

tatur geprägten sozialen Verhältnisse zu verstehen. Dieser Ansatz greift die persönlichen Erinnerungen der Ostdeutschen auf, ohne der retrospektiven Verklärung Vorschub zu leisten.“ Diese doppelte Ausrichtung war Programm und Orientierung für die erste Phase des ZZf.

Dazu kamen weitere Forschungsvorhaben aus Drittmittelprojekten anderer DFG-Programme und weiterer Stiftungen sowie Doktorandenstipendien, die am ZZf betreut wurden. Ich nenne hier nur als Beispiel den wichtigen Sammelband „Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland“.



Im ZZf wurde nicht ausschließlich geforscht und gearbeitet, sondern im Sommer und im Winter auch ausgiebig gefeiert. Anlässlich des 60. Geburtstages von Direktor Konrad H. Jarauschk gab der Institutschor sein Debüt – unter anderem mit dem melancholischen Song vom „lonesome cowboy“.

Nicht fehlen darf in diesem Zusammenhang ein Hinweis auf die in der Projektgruppe entstandene Dissertation von Patrice Poutrus („Die Erfindung des Goldbroilers. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumententwicklung in der DDR“). Die Presse, aber auch die Gutachter entwickelten für dieses Thema stets ein besonderes Faible, bis sie dann irgendwann der Meinung waren, nun hätte er genug gebraten.

Angesichts seiner stetigen personellen Expansion zog das ZZf im Dezember 2001 in das an das Kabinetthaus angrenzende Lehmann'sche Haus am Neuen Markt um. Das Gebäude hatte sich lange Zeit wie der Neue Markt insgesamt in einem deplorablem Zustand befunden und war am Ende der 1990er Jahre mit Mitteln der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ aufwendig wiederhergestellt worden. Beim Einzug des Instituts war allerdings die Bibliothek nicht einmal in Ansätzen fertig, weil das frühere königliche Pferdelaazarett unter Denkmalschutz stand und der Umbau dauerte. Die Bücher wurden also in einem leer stehenden Gebäude in einer Nebenstraße zwischengelagert. Was das praktisch bedeutete, kann man sich leicht vorstellen.



Neues ZZF-Domizil: Das Lehmann'sche Haus am Potsdamer Neuen Markt - im Jahr 2000 (links) und im Jahr 2001 (rechts)

Von dem Umzug an den Neuen Markt sollten aber auch Synergieeffekte ausgehen für eine übergreifende Kooperation mit anderen Einrichtungen. Die damalige brandenburgische Wissenschaftsministerin Johanna Wanka beförderte dies nachdrücklich. Das „Forum Neuer Markt“ ist ein Markenzeichen dieser Zusammenarbeit.

Bald wurde angesichts einer national und international boomenden DDR-Forschung eine Gefahr erkennbar, die Jürgen Kocka 2002 in einem Aufsatz als „Verinselung“ charakterisiert hat. Der Eindruck, dass die DDR-Geschichte überforscht sei, ist ein seitdem immer wieder und nicht von der Hand zu weisender Einwand. Diese Überlegungen fügten sich in eine schon in der zweiten Phase des ZZF intensiv diskutierte und umgesetzte thematische Neuausrichtung, die wir damals plakativ als „Osterweiterung und Westintegration“ gekennzeichnet haben. Die DDR-Geschichte blieb zwar ein Markenzeichen des ZZF, aber die Einbeziehung der ostmitteleuropäischen „Volksdemokratien“ durch Vergleich und Beziehungsgeschichte und auch die Erweiterung des Blicks nach Westeuropa, wo der Kommunismus eine beträchtliche Rolle gespielt hatte, sollten das Forschungsprogramm ausweiten und damit auch der Gefahr einer „Verinselung“ entgegenwirken.

Unter der Leitung meines deutsch-amerikanischen Kollegen Konrad H. Jarausch und von mir wurden in den folgenden Jahren Themen einer kritisch erneuerten historischen DDR-Forschung mehr und mehr ausgedehnt auf die vergleichende Kommunismus- und Diktaturforschung und allgemein auf die jüngere deutsche Zeitgeschichte im internationalen Kontext. Auf der Grundlage einer positiven Bewertung des Wissenschaftsrats (in den Jahren 2004 und 2006) wurde das ZZF zum 1. Januar 2009 in die Leibniz-Gemeinschaft und damit in die gemeinsame Wissenschaftsförderung von Bund und Ländern aufgenommen. Damit gehörte die Dauerbegutachtung im Abstand von zwei oder drei Jahren der Vergangenheit an; eine solide Basis für eine vernünftige kontinuierliche Forschungsarbeit war geschaffen. Nachdem das Forschungszentrum Europäische Aufklärung im Jahr 2007 nicht weitergeführt werden konnte, wurden dessen Räume für die Mitarbeiter und die Bibliothek des ZZF zur Verfügung gestellt, womit die ärgsten Raumprobleme gelöst waren.

Seit 2004 leitet Martin Sabrow das ZZF, zunächst zusammen mit Konrad Jarausch, seit 2011 gemeinsam mit Frank Bösch. Thematisch insbesondere durch mediengeschichtliche und europäisch-vergleichende Themen kontinuierlich verbreitert, hat das ZZF seit nunmehr 25 Jahren die zeithistorische Forschung in Deutschland und darüber hinaus geprägt.



Die Direktoren des ZZF: Jürgen Kocka, Martin Sabrow, Frank Bösch, Konrad H. Jarausch, Christoph Kleßmann (Foto: H. Hochmuth)

Die vier großen heutigen Abteilungen Kommunismus und Gesellschaft, Geschichte des Wirtschaftens, Zeitgeschichte der Medien- und Informationsgesellschaft sowie Regime des Sozialen muss ich hier jetzt nicht mehr näher darstellen, da ich mich auf die Vorgeschichte des Instituts konzentriert habe.

Ein Thema aber, das die Forschung und ihre Umsetzung für die Öffentlichkeit und die Schule in besonderem Maße beschäftigt hat, wohl auch noch weiter beschäftigen wird und den doppelten deutsch-deutschen Aspekt meines Vortragsthemas akzentuiert, war die Verflechtung der beiden Geschichten. Die konzeptionelle Umsetzung in einer darstellerischen Synthese der Nachkriegsgeschichte ist zwar bislang nicht erfolgt, aber zwei Vorarbeiten dazu möchte ich doch nennen, und zwar die beiden Sammelbände von Christoph Kleßmann und Peter Lautzas (Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem) sowie von Frank Bösch (Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000).



Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal kurz zu allgemeineren Überlegungen zurückkehren, denn die Institutsgeschichte sollte hier ja auch als Teil einer komplizierten Geschichte der Annäherung und Vereinigung völlig entgegengesetzter wissenschaftlicher Systeme sichtbar gemacht werden. Eine eingehende Erörterung des Umbruchs 1989/92 hat der niederländische Kollege Krijn Thijs 2016 veröffentlicht, fair und genau im Blick auf ein höchst verwickeltes Thema.

Jürgen Kocka als Gründungsvater hat selber mehrfach die Diskrepanz zwischen Erwartungen und Möglichkeiten damals reflektiert. Der institutionelle und personelle Umbruch nach der friedlichen Revolution war in mancher Hinsicht tiefer als der von 1945, vor allem aber im Vergleich zu den östlichen Nachbarn, wo ein beträchtlicher Wandel schon in den später Achtzigern eingesetzt hatte, wie in Polen und Ungarn. Der Elitenwechsel in Deutschland vollzog sich natürlich anders, konnte sich auch anders vollziehen, weil Personal der gleichen Sprache, wenn auch nur partiell gleicher Tradition zur Verfügung stand. Manche sahen in dem Vorgang eine Form von Kolonialisierung, andere vor allem eine Befreiung. Jubel, Ängste, Klischees, Uninformiertheit, Desinteresse, Orientierungslosigkeit, fehlende Planungen und Konzepte – das alles mischte sich auch in der Wissenschaftslandschaft bei einem Vorgang, der weniger eine Wieder- als eine Neuvereinigung war. Die schlichte historische Einsicht, dass sich 40 Jahre Teilung nicht einfach und schnell überwinden lassen und Rücksichten erfordern, war wenig entwickelt und das rasante Tempo des Gesamtvorgangs erschwerte differenzierte und nüchterne Diskussionen und Aktivitäten. Wie schwierig das alles war und dass es dennoch produktive und erfolgreiche Entwicklungen geben konnte und gab, habe ich mit der Labor-Metapher am Potsdamer Beispiel zu zeigen versucht.

Prof. Dr. Christoph Kleßmann war von 1996 bis 2004 Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam.